

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nach dem Anzeiger
und die Anzeiger des Erzgebirges
ausgeben - Erhältlich in allen
Postämtern - Preis 10 Pf. St. 25.

Veröffentlichungen des Anzeiger
des Erzgebirges aus dem Jahr
ausgegeben in Göttingen, unter
der Leitung des Anzeiger
des Erzgebirges in Göttingen,
ausgegeben in Göttingen.

Veröffentlichungen: Erhältlich in allen Postämtern. Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postverteilung: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 65

Montag, den 17. März 1924

19. Jahrgang

Zur Reichstagsauflösung.

Von Reichstagsabg. Alfred Bräunel (Demokr. Partei).

Was fragen: Wird der Reichstag aufgelöst? Wann wird er aufgelöst? Ist es Ende. Alle Nachrichten, die dem Mittwöchigen vergangenem Nachmittage von Berlin aus hierher in die Provinz gebracht wurden, waren, mochten sie nun noch so „gut überliefert“ sein, nur Kombinationen ohne festen Hintergrund. Die Nachrichten gingen zuletzt dahin, die Auflösung werde herbeigeführt werden durch Ablehnung eines von der Regierung geforderten Vertrauensvotums oder durch Ablehnung eines Antrages, über die Streitigen Parteianträge zur Tagesordnung überzugehen. Es ist anders gekommen. Das Ungewöhnliche ist eingetreten, daß eine Regierung nicht infolge einer Niederlage bei einer Abstimmung, sondern schon deshalb aufgelöst hat, weil sie eine solche Niederlage erwartet. Es ging, wie bekannt, um die zahlreichen Verordnungen, die die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen hat. Nicht bloß von den Oppositionsparteien auf der Rechten und der Linken sind zahlreiche Anträge eingebracht, in denen Aufhebung oder Abänderung der Verordnungen gefordert wird, selbst von den Regierungsparteien liegen Abänderungsanträge vor. Die Regierung ist zwar bei einigen der Verordnungen gewillt, sich auf Abänderungswünsche der Regierungsparteien einzulassen, an einer Reihe von Verordnungen, insbesondere an der dritten Steuernotverordnung, hält sie aber unbedingt fest, weil sie ohne diese die eingeleitete Sanierungspolitik nicht fortführen vermag; das müßte am allerersten Gebote einer neuen Wahrung würde ersichtert werden, wenn die von ihr für lebenswichtig erklärten Verordnungen aufgehoben oder abgeändert würden.

Wenn sie jetzt die Zustimmung gar nicht erst abwartet, sondern schon den Eintritt in die Einzelberatungen zum Anlaß für die Auflösung genommen hat, so findet dies in gewisser Weise seine Erklärung in den vorausgegangenen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Parteien, die darauf hin, daß man von einer Auflösung mit Einverständnis des Parlaments sprechen kann; es bestand zuletzt Übereinstimmung unter nahezu allen Parteien, daß es zweckmäßig ist, mit den Neuwahlen nicht mehr bis zum Ablauf der Legislaturperiode (8. Juni) zu warten.

Es war kürzlich und nach von verschiedenen Seiten Bemerkungen im Gange gewesen, einen Ausweg ohne Auflösung zu finden. Eine gewisse Presse sprach das auf „Angst vor den Neuwahlen“, „Angst vor dem Strafgericht des Volkes“, in egoistischer Weise suchte man häufig den Abgeordneten unterzulegen, denen es nur darum zu tun sei, sich die Annehmlichkeiten des Mandats insbesondere die Löhne so viel vorgetragenen Diktos solange als möglich zu erhalten. Es gibt ja soziale Demen, die in einem Reichstagsmandat nur eine Einkommensquelle und keine Verpflichtung von der schweren Bürde haben, die mit der Würde verbunden ist. In Wirklichkeit waren es gewichtige sachliche Gründe, die vorzeitige Wahlen bedenklich erscheinen ließen. Einmal waren es die Schwierigkeiten, die sich für die Neuwahlen in besetzten Gebieten ergeben, vor allem aber spielte die Tatsache eine Rolle, daß auch in Frankreich Parlamentswahlen vor der Tür stehen. Haben die deutschen Wahlen vor den französischen statt, so kann gar kein Zweifel sein, daß ein Erfolg der rechtsstehenden Parteien, also der Deutschnationalen und der Deutschnationalen, die nicht mehr ganz sichere Position Poincarés wieder festigen und die Neuwahlen in Frankreich zugunsten des nationalen Blattes beeinflussen würde. Wenn auch ausgeschlossen ist, daß die rechtsstehenden Parteien im neuen Reichstag zur Mehrheit oder zu ausschlaggebender Stellung gelangen, so muß doch mit einem starken Mandatgewinn wenigstens der bis jetzt nur durch 3 Mann vertretenen Deutschnationalen gerechnet werden, und von ein solcher Mandatgewinn würde die Wahlchancen für Poincaré und seinen nationalen Block erhellen. Schließlich drang aber die Überzeugung durch, daß Poincaré unter allen Umständen die Wahlen in Frankreich erst nach dem in Deutschland gewonnenen Mandat im Juni wählen. Wenn Poincaré versucht nun einmal für seine Zwecke den Wahlerfolg der Nationalisten in Deutschland, auf den er unbedingt rechnet. Weist davon entfernt, die Bewegung zu fördern, von der so viele Trümer in Deutschland die Befreiung von dem barten außenpolitischen Druck erwarten, hofft und wünscht er gerade ein Anwachsen dieser Bewegung die sich, in Wirklichkeit für das in Waffen stehende Frankreich ungefährlich, die er aber doch als Schreckmittel und als Bedrohung für die Fortsetzung der bisherigen Politik unternehmen würde auf Deutschland, was von seinen Gesandten wie von den Willkürern bemerkt ist.

Was aber die Lage in den besetzten Gebieten anlangt, so ist man sich zwar einerseits vollständig klar darüber, daß jetzt von einer freien ungehinderten Wahlbestimmung dort keine Rede sein kann; indessen wird es in dieser Hinsicht auch hier gleichgültig sein, ob die Wahlen im April oder Mai oder erst im Juni vorgenommen werden. Es muß der Versuch unternommen werden, Wahlen dort zustande zu bringen, das Wahlprüfungsgericht wird später entscheiden müssen, ob und wie weit die Wahlen dort als gültig anzusehen sind.

Die Kreise, die schon längst auf die nunmehr notwendige oder doch zweckmäßig gewordene Reichstagsauflösung drängen, sagen vom Reichstag, er sei überaltert, arbeitsunfähig und stehe in seiner Zusammensetzung mit der Volkstimmung nicht mehr im Einklang. Das letztere haben Deutschnationalen einerseits und Kommunisten andererseits schon seit Jahren behauptet. Es ist eine regelmäßige Erscheinung, daß die bei Wahlen in der Minderheit gebliebenen Opposition schon nach kurzer Zeit einen Umschwung in der Volkstimmung behauptet. Wollte man solchen Behauptungen Folge geben, so käme man aus Neuwahlen gar nicht mehr heraus. Ebenso deplaciert ist, da die Zeit noch nicht abgelaufen ist, auf welche der Reichstag gewählt wurde, das Gerücht von der Überalterung. Wichtig aber ist, daß die Arbeitsfähigkeit eines Parlaments abnimmt, je näher der Ablauf der Wahlperiode herantritt; Mit diesem Gerücht treten in der Haltung der Parteien die rein parlamentarischen Gesichtspunkte immer mehr in den Vordergrund; die Rücksicht auf die Konkurrenz der anderen verleiht die Parteien dazu, ihre Wahlinteressen hinter die Interessen des Staates zu stellen. Die Regierung hatte nach diesen Erfahrungen, die bei allen Parlamenten gemacht werden, allen Grund anzunehmen, daß sich die Parteien, wenn sie jetzt, drei Monate vor Ablauf der Legislaturperiode, Stellung nehmen zu den einschneidenden Verordnungen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind, sich von der Rücksicht auf die Neuwahlen mehr leiten lassen werden, als es die Staatsinteressen verlangen. So war es geradezu eine Staatsnotwendigkeit, den Streit um die Verordnungen durch Auflösung abbrechen, und dieser Erkenntnis hat sich wie gesagt schließlich der Reichstag in seiner Mehrheit selbst nicht verschlossen.

Neue Zeugen in München

Loffow hält sich weiter fern.

Nach Eröffnung der Sitzung — Loffow ist nicht erschienen — gibt der Vorsitzende zunächst ein Schreiben des Kardinals Faulhaber bekannt, der sich gegen verschiedene Sätze in Rudenborffs Rede wendet und sie als unanständig bezeichnet. General Rudenborff erwidert eine Abschrift des Schreibens, damit er sich hierzu äußern könne. — Dann macht der Vorsitzende folgende Mitteilung: General v. Loffow ist nicht erschienen. Er schreibt: „Ich habe 7,45 Uhr abends die Ladung erhalten. Ich lehne das Erscheinen vor Gericht ab. Die Gründe liegen nach der Vormittagsführung für jeden klar.“ — Justizrat Koch erklärt: Ich kann auf Herrn v. Loffow nicht verzichten. Ich bitte um Vorführungsbefehl.

Fortgang der Zeugenvernehmung.

Hierauf wurde Geheimrat Prof. Döberl vernommen, der die Vorgänge im Bürgerbräuhaus mitgemacht hat, und der Kolonialwarenhandler Helmuth, der bekundet, daß er der Ernsthaftigkeit Krahrs nicht gewillt habe. Es folgt der von der Verteidigung als Entlastungsgesage geladene Polizeihauptmann Bergmann von der Landespolizei München. Der Zeuge bekundet, daß Loffow auf Aufforderung Danners eine kurze Schilderung der Vorgänge gegeben habe, er sei sehr erregt und empört über die Behandlung im Bürgerbräu gewesen und habe von „Erfolgandrohung“ und unerhörter Behandlung gesprochen. Prof.: Hatten Sie die Auffassung, daß General Loffow ernsthaft bewegt war, bei dem Unternehmen mitzumachen? Zeuge: Nein, er war allerdings sehr ganz gefährdet und wollte nicht was zu machen war. Zum Schluß erklärte er dann aber: Alle Befehle von mir sind nur zum Schein gegeben. Es gelten nur die Befehle, die von General Danner unterzeichnet sind. — Das Gericht beschloß hierauf die sofortige Verladung des General Danner.

Der „Marsch nach Berlin“ — geistig oder militärisch, real?

Als nächster Zeuge wird Wittmeister a. D. v. Schirach, Bezirksführer der Vaterländischen Verbände München, über das Propagandastück vernommen, daß der Führer der Vaterländischen Verbände Bayerns, Prof. Bauer, im Einverständnis mit Krahr wiederholt öffentlich den „Marsch nach Berlin“ propagiert habe. Der Zeuge bekundet, daß in einer Versammlung der Bezirksführer im Oktober vorigen Jahres Bauer darauf ausgemacht gemacht habe, es sei bedenklich, nunmehr

gegen Berlin energisch vorzugehen. Allerdings habe er es in dem Sinn gesagt, daß es sich nicht um einen militärischen Marsch, sondern um einen Druck auf Berlin handelte. Nach den Vorgängen des 8. November habe Bauer dann erklärt, es sei Krahrs Wunsch gewesen, in Berlin auf legalen oder illegalen Wege die Regierung zu beseitigen. Das habe Bauer gesagt, um Krahr zu verteidigen. Weil die Stimmung in den Vaterländischen Verbänden nach den Novemberereignissen gegenüber v. Krahr sehr erregt gewesen sei, Bauer habe das Hitlerunternehmen bebauert und erklärt, wäre es nicht gekommen, dann hätte Krahr in seinem Sinne das Unternehmen zum Erfolg geführt.

Ich weiß nicht — so erklärt der Zeuge — ob Prof. Bauer diese Äußerung im Einverständnis mit Krahr getan hat. Der Marsch nach Berlin war überhaupt Gemeingut von ganz München. Wir waren der Ansicht, daß tatsächlich der Marsch nach Berlin angetreten werden sollte. Erster Staatsanwalt Stenglein: Die Aussagen des Zeugen sind unverständlich. Er hat zuerst genau das Gegenteil von seiner jetzigen Aussage gesagt. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte der Zeuge nochmals, daß Prof. Bauer das bekannte Wort nur im Sinn eines tatsächlichen Marsches nach Berlin verstanden habe. Prof.: Zuerst haben Sie aber das genaue Gegenteil gesagt.

Professor Bauer.

Als nächster Zeuge wird der Führer der Vaterländischen Verbände Bayerns, Hermann Bauer, Studienrat am Wilhelmsgymnasium in München, aufgerufen. Prof.: Sie haben das Wort geprägt „Marsch nach Berlin“, sondern auf nach Berlin.“ Was das als ein militärischer Marsch nach Berlin aufgefaßt?

Prof. Bauer: Bei der Beurteilung der Frage, ob der Marsch nach Berlin einen Angriff auf die Inhaber der Macht in Berlin darstellen soll, muß man berücksichtigen, ob die Berliner Regierung im Recht besteht oder ob sie auf Grund eines Meinungsänderungsbeschlusses in Berlin in einer Versammlung, an der Vertreter aus dem ganzen Reich teilnahmen, von dem Marsch nach Berlin gesprochen. In Nord- wie in Süddeutschland herrschte damals der Gedanke, daß in Bayern gewisse separatistische Richtungen am Werke sind. Demgegenüber habe ich erklärt, nicht los von Berlin, sondern auf nach Berlin, und zwar in dem Sinne, daß das Haus, an dem geschrieben steht: „Dem deutschen Volke“, nämlich das Reichstagsgebäude, wirklich wieder dem deutschen Volke gehören sollte.

Ich habe nie an einen Marsch nach Berlin gedacht. Ohne Zusammenhang konnte das Wort, wie ich ausgehen muß, falsch ausgelegt werden. Prof.: Haben Sie Herrn von Krahr auch von dem Marsch nach Berlin gesprochen? Zeuge: Nein.

Ungeflatter Bohner: Die heutigen Erklärungen des Zeugen stimmen mit seinen früheren und meinen Beobachtungen darüber nicht überein. In den Kreisen die Herrn v. Krahr nahestanden, ist der „Marsch nach Berlin“ ganz offen propagiert worden. Das, was der Zeuge heute ausfragt, stimmt auch schlecht mit der Tatsache überein, daß ich für den Posten eines Zivilkommissars für Sachsen und Thüringen auszuwählen worden bin. Mir wurde gesagt, daß ich für dieses schwierige Amt alle Sicherheiten bekommen sollte, vor allen Dingen, daß mir ein militärischer Führer beigegeben werde, auf den ich mich voll und ganz verlassen könne. Der Marsch nach Berlin war dabei schon bei Lauffens Sache. — Prof. Bauer: Für meine Person lehne ich die Verantwortung für das Wort „Marsch nach Berlin“ nicht ab. Aber ich kann nur wiederholen, daß der Sinn dieses Wortes auf geistigem, nicht auf militärischem Gebiete lag. — Rechtsanw. Moder: Herr Zeuge, haben Sie nicht zu einem Herrn Jost gesagt: „Es kann jeden Tag losgehen. Wir haben die neue Verfassung schon in der Tasche. Zeuge: Das glaube ich nicht, zumal die neue Verfassung nicht in München, sondern wo anders ausgearbeitet worden war.

„Eine neue Verfassung.“

Prof.: Herr Zeuge, Sie sprachen eben davon, daß irgend wo anders eine neue Verfassung ausgearbeitet worden war, wo ist denn das gewesen? Zeuge: In Berlin, und zwar in den Vaterländischen Verbänden. (Große Bewegung.) Justizrat Koch (erregt): War vielleicht der Herr Justizrat Jost dabei? Meine hohen Herren, hier hatten wir den Schlüssel zu dem Prozeß in der Hand. Ich bitte Sie, hier weitere Fragen zuzulassen. Was weiß denn der Herr Zeuge, was in Norddeutschland und speziell in Berlin vorgebeutet war? — In seinen Aussagen nennt der Zeuge verschiedene Namen, die in der Verfassungsgeschichte eine Rolle spielen. Herr v. Krahr unbedingt bereit war, mitzumachen, kann Bauer nicht mit Sicherheit sagen. Ueber die neue Verfassung kommt im weiteren Verlauf der Vernehmung

ater
Kieratz 15
ationell
wischen
-Wild!
handelt
ations-
ungs-
nahmen.
er
en.
schlager
der
Berge
cienda
v. 12-2,
en statt.
ungen:
1 Uhr.
mer
usit
Feder.
nib.
usit.
Schubert.
bad
lema
hr an
a l l.
er
des
tes.
ten
atha,
tr. 22.
schine
ent
7.50 Mark
Nachnahme
r.
50 36